

Redaktion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 88 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Einzeln 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 10. und 24. im Monat.

Maerfiegelte Reklamationen sind portofrei.

Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

Administration u. Expedition:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Inserions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gefaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 16.

Wien, Montag 24. Mai.

1880.

Vokal-Veränderung.

Seit 12. Mai 1880 befindet sich die Redaktion, Administration und Expedition des Partei-Organs „Die Zukunft“

V., Hundsthurmerstrasse Nr. 89, 2. Stg., 1. St., Th. 15,

wohin alle Buchstaben und Geldsendungen, welche dieselben betreffen, zu richten sind.

Der ungarländ. Arbeiter-Landeskongress.

Koloman Rabagas — im bürgerlichen Leben „Ministerpräsident Tisza“ genannt — konnte den Kongress doch nicht verbieten, er wagte es doch nicht, der Verfassung so grell in's Antlitz zu schlagen, obwohl Koloman Rabagas die Kühnheit oder die Stirne besitzt, Vieles aus seiner Vergangenheit zu verleugnen, er hat einen traurigen Mut schon oft bewiesen, aber zu weit wagt er doch nicht zu gehen.

Daß der im — — — frache nun einherwandernde Tiger von Bihar mehrere Punkte von der Tagesordnung gestrichen und schon die „eitle Nennung des Namens Sozialdemokrat“ als Verbrechen ahndet, ist seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, da er genau darauf achten muß, — — — — — gehandhabt wird und was ihm die — — — — — zu tun heißen. — Doch die offizielle Zustimmung des ursprünglich vom Kongressbureau vorgelegten Programmes kümmert die Parteigenossen wenig, sie werden das, was von den Punkten verpönt worden, schon auf dem Wege der Presse propagieren. — Zudem sei erwähnt, daß eine von sämtlichen Teilnehmern des Kongresses unterzeichnete Erklärung beim Schluß des Kongresses abgegeben wurde:

„Sämtliche gefertigte Delegierten des am 16. und 17. Mai d. J. in Budapest stattfindenden ungarländischen Arbeiterkongresses erklären hiermit sämtliche zwanzig Punkte des vorgelegten Programmes vollinhaltlich anzunehmen.“

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung der interessierten Kreise hat der ungarische Arbeiter-Landeskongress seine Beratungen aufgenommen. Der Verlauf des Kongresses war ein ruhiger und ordnungsmäßiger, wie es eben die Würde und der Ernst des Gegenstandes, welcher zur Verhandlung gelangte, erforderte. Das Benehmen der Arbeiter war ebenso wie die Leitung der Beratungen äußerst taktvoll, trotzdem von Seite der Behörde wol mindestens ein Duzendmal verschiedene Bets's erhoben wurden. Die Behörde schien sich auf sehr große Dinge vorbereitet zu haben, denn sie war durch den Ober-Stadthauptmann Alexius Thais und noch ein halbes Duzend höhere und mindere Polizeibeamte vertreten und maß jedem Worte eine solche Wichtigkeit bei, als ob es nicht dem Munde eines ichtlichen, nur höchstens durch sein Elend erbitterten Arbeiters, sondern jenem eines berühmten Hochverrätters entstammt wäre. An dem Kongresse mußten an beiden Tagen ungefähr 400 Personen teilgenommen haben.

Erster Verhandlungstag. Um 1/3 Uhr nachmittags begrüßte Genosse Kürschner die Delegierten und die Versammlung entsandete zur Überprüfung der Mandate ein aus den Genossen Ebl, Bachner, Szabó (Urad), Bankó (Gr. Kanizsa), Popper, Sipka und Peczmann bestehendes Komitee.

Links von der Präsidenten-Tribüne hatten Ober-Stadthauptmann Thais, Polizeikommissar Popovics, Aktuar Baczakó und noch etwa 6—8 Zivilkommissäre Platz genommen; rechts waren drei offiziell entsandete Reichstags-Stenografen plaziert, die den strikten Auftrag hatten, jedes gesprochene Wort zu Papier zu bringen.

Nachdem das Autentifikationskomitee die Mandate überprüft hatte, meldete der Obmann die Zahl der eingelaufenen Mandate. Dieselben beliefen sich insgesamt auf 152, vertreten durch 111 Delegierte. Nach der hierauf vorgenommenen Wahl wurden zu Vorsitzenden Dr. Csillag, Sigmund Polizer, Géza Esorba und Leo Frankel und zu Schriftführern Jhrlinger, Kupa, Kirchner, Szabó (Erlau), Krizjala und Malár gewählt.

Nachdem sich das Bureau konstituiert hatte, übernahm Dr. Csillag die Leitung der Verhandlung und eröffnete die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in welcher er die Ziele und Bestrebungen der Arbeiter in allgemeinen Umrissen schilderte. Unser Ziel — hieß es zum Schluß — ist die friedliche Lösung der Arbeiterfrage. Als wir diese Bewegung in unserem Vaterlande begannen, machte man uns den Vorwurf, daß wir egotische

Pflanzen auf den Boden unseres Vaterlandes verpflanzen wollten. Das wollten wir nicht tun. Wir glauben unserem Vaterlande einen guten Dienst zu leisten, wenn wir die Verhandlung der Arbeiterfrage in einer Zeit beginnen, wo noch die Industrie in den Kinderschuhen ist; denn es ist nicht so schwierig, auf einem leeren Grund zu bauen, als ein schon stehendes Gebäude zu demolieren und vom Grunde auf wieder aufzubauen, wie wir dieses Beispiel gerade bei einem mächtigen Nachbar finden. Indem ich Sie nochmals herzlichst begrüße, eröffne ich den ungarländischen Arbeiterkongress. (Lebhafte Gienrufe.)

Frankel begrüßte in deutscher Sprache die Anwesenden, indem er hervorhob, daß die so zahlreiche Besichtigung des Kongresses ein Beweis dafür ist, daß ein großer Teil des arbeitenden Volkes bereits zur Erkenntnis seiner Lage gekommen und bereit ist, für seine ihm vorenthaltenen Rechte auch einzustehen. Was die Mittel und Wege betrifft, durch welche neue Streiter der zu bildenden Partei zugeführt werden sollen, so werden dieselben — sagte Redner — keine gewalttätigen sein. Die Waffen, die wir zur Erreichung unserer Ziele benötigen, sind geistige Waffen. Waffen, die wir dem Arsenal der Wissenschaft entnehmen. Die Barrikaden, die wir bauen, sind Barrikaden, die gegen den Unverstand der Massen gerichtet sind. (Lebhafte Beifall.)

Der Schriftführer verliest hierauf die eingelangten Begrüßungs-Telegramme und Zuschriften. Solche durchwegs begeisternde Gratulationen sind eingelangt aus Temesvár, Fünfkirchen, Oedenburg, Stuhlweißenburg, Erlau, Gr. Kanizsa, Eßeg, Bancsova, Wien, Reichenberg, Triest, Auffsig, Wozen und Zürich.

Es folgt hierauf der erste Punkt der Tagesordnung: „Gründung einer Arbeiterpartei.“ — Referent Esorba (ungarisch) tritt für diesen Punkt ein, indem er den heutigen sozialen Zustand des Westeren erläutert. Die heutige Gesellschaft — meint Redner — sei ein Monstrum. Zwei Klassen stehen vollständig getrennt einander gegenüber: die Klasse der Arbeitgeber und jene der Arbeitnehmer. Erstere sind die Herren und Machthaber, letztere die Sklaven ohne Recht, ohne Begünstigung. Die Arbeiterklasse kann mit diesen Zuständen nicht zufrieden sein, denn überall tönt ihr das Motto: „Ausbeutung und Widerstand“ entgegen. Wenn sich nun die Herren behufs Erreichung ihrer Ziele allüren, so ist es nur gerecht, wenn auch die Unterdrückten sich zusammen tun zur gegenseitigen Unterstützung und zur Beförderung jeder Bewegung, welche die Interessen der Arbeiter berührt. Redner verliest hierauf folgende Resolution:

Der Kongress beschließt: 1. Die bisher bestandenen, die Interessen des politisch rechtlosen und wirtschaftlich ausgebeuteten arbeitenden Volkes vertretenden Parteien sollen sich zu einer einzigen unter einheitlicher Leitung stehenden Arbeiterpartei vereinigen. 2. Die solcher Art geschaffene Partei nimmt zur Kennzeichnung ihrer Bestrebungen und als Unterscheidungszeichen von allen aus der herrschenden Klasse hervorgegangenen Parteien den Titel „Sozialdemokratische Partei Ungarns“ an.

Ober-Stadthauptmann Thais (zum Präsidium): In Folge der Instruktionen des Ministers des Innern kann ich den Titel „Sozialdemokratische Partei“ nicht gestatten. Die Resolution wird demzufolge nur dann zur weiteren Verhandlung zugelassen, wenn das Präsidium diesbezüglich eine Aenderung vorzunehmen bereit ist.

Vorsitzender Csillag enunziert der Versammlung die Einsprache des Ober-Stadthauptmannes und wird hierauf beschloffen, vor der Abstimmung die gewünschte Aenderung vorzunehmen.

Referent Heilmann (deutsch, zum ersten Punkt): Das Bild, welches die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bietet, muß in Jedermann ernste Besorgnisse erregen. Der Gewerbetreibende muß in der Konkurrenz mit der Massenproduktion zu Grunde gehen. Die Werkstätten, wo früher noch 10—12 Gesellen waren, stehen jetzt leer. Der Bauernstand wird von Wucherern ausgefogen und ebenfalls vernichtet. Dies ist das Bild des heutigen wirtschaftlichen Zustandes unseres Landes, eines jener Länder, welches von Natur aus so geeignet ist, daß es halb Europa mit Lebensmitteln versehen könnte, welchem aber heute tausende seiner Söhne den Rücken kehren, um nicht dem Hungertode zu verfallen. Damit die Arbeiterklasse im Stande sei, durch einheitliches Zusammenwirken die Verbesserung der heutigen Lage und die Förderung ihrer Ziele zu erreichen, muß sie vor Allem ein großes einheitliches Ganzes bilden, was eben die Gründung der Partei bezwecken soll. Redner empfiehlt die Resolution.

Kupa beleuchtet die Zustände der ungarischen Arbeiter. Malár beanständet den Titel „Sozialdemokratie“ etc., da diese fremde Bezeichnung den ungarischen Arbeitern unverständlich sei. Er empfiehlt den Titel „Ungarländische Arbeiterpartei.“

Köbft befüwortet die Beibehaltung des Titels „Sozialdemokratische“ etc.

Ober-Stadthauptmann Thais: Ich gestatte es nicht, daß über den Ausdruck „Sozialdemokratische Partei“ noch debattiert werde.

Das Präsidium nimmt dies zur Kenntnis. Zufinger (Eßeg): Der Sozialismus ist überall vorzufinden, denn das Wort ist eine allgemein gebrauchte Bezeichnung. So sozialisieren sich Pfaffen im Jesuitismus und die Kapitalisten in Banken und sonstigen Gründungen. (Heiterkeit.) Nur Arbeiter sollen sich dieses Ausdrucks nicht bedienen dürfen?

Ober-Stadthauptmann Thais wendet sich zum Vorsitzenden mit der Aufforderung, Redner die Ventilierung der Frage über Sozialismus nicht zuzulassen. (Geschlecht, worauf Redner auf das Wort verzichtet.)

Szabó (Erlau) erklärt, daß er in die Weglassung des internationalen Ausdrucks „Sozialdemokratische“ etc. nur in Folge des behördlichen Verbotes wüßte.

Hankitschel (Bécsburg) lehnt den beantragten Titel „Ungarländische Arbeiterpartei“ ab, da gerade der Arbeiter sich über jede Nationalität hinwegsetzt und nur Menschen kennt. (Gienrufe.) Er wünscht den Titel „Allgemeine Arbeiterpartei“.

Banczer erklärt sich für den Titel „Ungarländische Arbeiterpartei“, weil es die Regierung wünscht. Bleiben wir aber — schließt Redner — Sozialisten, wie wir früher waren und agitieren wir für unsere Sache, wie früher.

Esorba beantragt den Titel „Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns“.

Referent Heilmann plaidiert für die Beibehaltung des Titels „Sozialistische Arbeiterpartei.“

Vorsitzender Csillag: Der Ober-Stadthauptmann vermahnt sich dagegen, daß Heilmann's Antrag zur Abstimmung gelange.

Frankel: Da wir gegenüber den Vertretern der Behörde nichts vornehmen können, füge ich mich dem Verbote, erachte es aber für meine Pflicht, gegen dieses Verbot Protest zu erheben, da es kein Gesetz gibt, welches verbietet, den Namen „Sozialistische Partei“ anzunehmen und weil es in keinem Gesetze ausgesprochen ist, daß Sozialdemokraten Verbrecher sind. (Lebhafte, anhaltende Gienrufe.)

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der Titel „Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns“ angenommen. Damit wurde die Sitzung um 6 Uhr abends geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag. Um 1/9 Uhr vormittags eröffnete Sigmund Polizer die Versammlung. Von Seite der Behörde sind Ober-Stadthauptmann Thais und die übrigen Polizeibeamten, mit Ausnahme Baczakó's; statt dessen ist Vize-Stadthauptmann Alfer erschienen.

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung: „Aufstellung eines Parteiprogrammes.“ — Vorsitzender teilt der Versammlung mit, daß die Beratung des Programmes in Folge behördlicher Verfügung eine Einschränkung erlitten habe. In Folge eines Restriktives des Ministeriums des Innern hat nämlich der Ober-Stadthauptmann die Beratung jener Punkte, welche sich auf politische Tendenzen beziehen, verboten und nur jene, welche sich auf Arbeiterangelegenheiten beziehen, zur Beratung zugelassen. (Das Ministerium stellte den Einberufung frei, die Beratung der politischen Programmpunkte in einer seinerzeit einzuberufenden Volksversammlung vorzunehmen.)

Frankel enunziert in deutscher Sprache das Ministerialverbot und fügt die Bemerkung hinzu, die Regierung habe durch die Streichung jener wichtigen Punkte bewiesen, daß sie die Forderungen der Arbeiter kennt. Uebrigens sei das Ganze nicht von großem Belange, da in der Einleitung des Programmes ohnehin Alles deutlich genug enthalten ist.

Referent Kürschner erläutert nun den Zweck jedes einzelnen, zur Verhandlung zugelassenen Programmpunktes. Diese Punkte sind:

1. Allgemeine, gleiche, auf wissenschaftlicher Basis beruhende Volkserziehung, mit besonderer Rücksicht auf den Fachunterricht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Freie Lieferung der Unterrichtsmaterialien durch den Staat. 2. Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer an Stelle aller bestehenden, insbesondere der das arbeitende Volk am meisten belastenden indirekten Steuern. 3. Feststellung eines den jeweiligen Produktionsverhältnissen entsprechenden, gesetzlich normierten Arbeitstages; vorläufig eines zehnstündigen Arbeitstages. Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit in allen Industrien, deren Betrieb dieselbe nicht unbedingt erheischt. 4. Verbot der Arbeit von Kindern in industriellen Unternehmungen vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre. Verbot der Frauenarbeit in Beschäftigungen, welche die Gesundheit oder Sittlichkeit schädigen. Gleiche Löhne für gleiche Arbeitsleistung an Männern und Frauen. 5. Strenge Befehle, welche die Arbeitgeber verpflichten, alle Vorwärts- und Gesundheitsmaßregeln zu treffen und sie haßbar machen für alle Unglücksfälle der Arbeiter, welche durch die Nachlässigkeit der Arbeitgeber herbeigeführt werden. Verbot der Einführung von Strafgebern in Bergwerken, Fabriken und sonstigen industriellen

Establishments. Sanitäts- und Ueberwachung aller Bergwerke, Fabriken und Werkstätten durch von Arbeitern gewählte Beamte. 6. Strenge Gesetze gegen Lebensmittelverfälscher. Dem direkten Betrug gleich ist es zu bestrafen, wenn jemand die Lebensmittel in Bezug auf ihre Qualität fälscht und der absichtlichen Körperverletzung gleich, wenn er dieselben in einer, den menschlichen Organismus schädigenden Weise verfälscht. 7. Regelung der Gefängnisarbeit in einer Weise, daß die Privatindustrie nicht unter ihrer Konkurrenz zu leiden habe. Verbot der Ausnützung von Gefangenenarbeit durch Privatunternehmer. 8. Errichtung von zur Hälfte aus Arbeitsgebern und zur anderen Hälfte aus Arbeitnehmern zusammengesetzten Schiedsgerichten behufs Regelung aller Lohnstreitigkeiten. 9. Errichtung von staatlichen, unentgeltlichen Arbeitsnachweis-Bureaus für männliche und weibliche Arbeiter, Diensthofen etc. 10. Uebergang der Verwaltung aller in Bergwerken, bei Eisenbahngesellschaften etc. bestehenden Arbeiter-Krankens- und Invalidenanstalten in die Hände der Arbeiter. 11. Aufhebung der Lotterie und nur ausnahmsweise Gestattung derselben zu humanitären Zwecken. 12. Abschaffung der Erbschaftsteuer für jede bis 1000 fl. betragende Hinterlassenschaft. Einführung einer progressiven, bis zu 50 Prozent betragenden Erbschaftsteuer von jeder mehr als 1000 fl. betragenden Hinterlassenschaft; ausschließliche Verwendung derselben zu kulturellen Zwecken und Errichtung von Produktivgenossenschaften für Agrikultur und Industrie.

Frankel: Man klagt uns an, wir wollen die Teilung des Besitzes, Gütergemeinschaft einführen und die Nationalitäten abschaffen. Unsere Programmpunkte beweisen klar genug, daß wir diesen Unsinn nicht verlangen können. Nicht das Eigentum abschaffen wollen wir, sondern die Herrschenden verdrängen, Dank ihres Eigentums, die Besitzlosen auszubeuten. Wir wollen die persönliche Freiheit erringen, die heute nicht existiert. Oder ist das vielleicht Freiheit, wenn der männliche Arbeiter nur zwischen Hungertod oder Schande zu wählen hat? Ungarn ist ein von Natur aus begünstigtes Land und doch führt nur ein Bruchteil seiner Bevölkerung ein angenehmes Dasein, während die große Masse elend verkommen muß. Das Sprichwort sagt: „Extra Hungariam non est vita“. Ja, das gilt aber nur für die Leute, die bei der gedeckten Tafel sitzen (Bravorrufe), aber jene, die arbeiten müssen, damit die Andern sich an der vollen Schüssel delektieren, die könnten eher sagen intra Hungariam etc. Das Alles rührt nur daher, weil Grund und Boden das Eigentum eines Bruchteils der Gesellschaft bilden.

Gerade so gut, wie die Sklaverei abgeschafft wurde, wird auch die Zeit für den modernen Sklaven, für den Lohnarbeiter kommen; auch er wird erlöst werden. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterfrage gelöst werden wird, weil sie gelöst werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Die politische Macht in Ungarn ist in Händen der Herrschenden...

Vorsitzender Polizer: Ich wurde vom Ober-Stadthauptmann soeben ersucht, Redner darauf aufmerksam zu machen, sich von politischen Erörterungen ferne zu halten.

Frankel: Wir haben schon gestern gegen das Vorgehen der Behörde Protest erhoben, aber wir können ihr nicht das Vergnügen verschaffen, Anlaß dazu zu bieten, den Kongreß aufzulösen, was sie so gerne möchte. Ich werde daher nicht mehr über Politik sprechen.

Ober-Stadthauptmann Thais (tritt auf die Tribüne): Ich habe bereits gestern des Oesteren Einsprache erhoben gegen die Erörterung politischer Fragen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß, trotzdem die Einleitung des Programms freigegeben worden, ich die Berührung der politischen Punkte nicht gestatte. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Frankel: Wir müssen die Sache zur Kenntnis nehmen. Was wir nachträglich machen werden, ist unsere Sache. (Zu seiner Rede fortsetzend): Wir wollen das Lohnsystem ändern und wir werden es durchführen! Macht ist Recht! Und der Tag wird kommen, wo wir nicht nur Recht, sondern auch Macht besitzen werden. (Stürmische Gekröse.)

Dr. Csillag: In Folge der zahlreichen Unterbrechungen, welche von Seite der Behörde den Rednern zu Teil werden, muß ich bemerken, daß hier keine wissenschaftliche Enquete statt, sondern ein Arbeiterverein. Soziale Angelegenheiten zu verhandeln, ohne die Politik zu berühren, ist hier eine Unmöglichkeit. Ich füge mich zwar dem Verbote der Behörde, bitte Sie aber, die Reflexionen Einzelner nicht so streng zu beurteilen, da Arbeiter keine so genauen Grenzen ziehen können zwischen politischen und theoretischen Angelegenheiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Andrejki (Fürstlichen): Wenn uns auch die maßgebenden Kreise in Schach halten wollen, wir werden unser Programm dennoch durchführen durch politische Aktionen, durch Erlangung des allgemeinen Stimmrechtes. (Auf Weisung des Ober-Stadthauptmannes wird Redner vom Vorsitzenden aufmerksam gemacht, sich von Politik fernzuhalten.) Ich gehöre nicht zu jenen, die sich fügen, wenn es keine Notwendigkeit ist. Hier ist es aber eine Notwendigkeit und ich beantrage Schluß der Debatte und die en bloc-Akzeptanz des Programmes.

Das Programm wird hierauf als Basis für die Spezialdebatte einstimmig angenommen. In der Spezialdebatte spricht Andrejki zum ersten Punkte, beleuchtet die heutige Volksbildung und gelangt zum Schlusse, daß die Schulen, welche von den Arbeitern erhalten werden, doch nur den Kapitalisten zu Gute kommen. Der Schulunterricht — sagt Redner — muß freigegeben werden, aber auch den Erwachsenen muß es möglich gemacht werden, das Versäumte nachzuholen.

Es müssen Fachschulen errichtet werden, wie dieselben in Oesterreich auf Staatskosten bereits eingeführt sind. Wer Gelegenheit hatte, konnte sich überzeugen, daß die meisten und besten Schüler dieser österreichischen Schulen gerade aus Ungarn bestehen und doch will die Regierung für diese jungen Kräfte zu Hause nichts tun und sieht untätig zu, wie die besten Arbeitskräfte das Land verlassen, um im Auslande ihr Brod zu suchen. (Rufe: So ist's. Helles.) Damit — schließt Redner — wollte ich beweisen, daß die Regierung nicht nur auf politischem,

sondern auch auf sozialistischem Gebiete anzugreifen ist. (Stürmische Gekröse. Händeklatschen.)

Die Sitzung wurde hierauf um 1/2 1 Uhr geschlossen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 1/2 3 Uhr nachmittags wurden sämtliche Punkte des Programmes teils unverändert, teils mit Amendements angenommen.

Der Antrag Polizer's, daß die Regierung behufs Verhinderung der Auswanderung der Exzellenz Expropriationen brachliegender Grundflächen vornehme und dieselben den Betroffenen überlasse, wurde angenommen und dem Programme einverleibt.

Vorsitzender verliest einen mit fünf Unterschriften unterstützten Antrag des Inhaltes:

Der Kongreß möge durch Abstimmung seiner Indignation über das Verbot der Behörde Ausdruck verleihen.

Ober-Stadthauptmann Thais (tritt auf die Tribüne): Ich kann die Abstimmung über diesen Antrag nicht gestatten.

Der Antrag wird hierauf unberücksichtigt gelassen.

Es folgte hierauf der dritte Punkt der Tagesordnung: „Propaganda mittel der Partei“. — Nachdem die Referenten Dr. Csillag und Jhringer den Zweck der Propagandamittel beleuchtet hatten, empfahlen sie folgende Resolution zur Annahme:

1. Die Ausgabe zweier in ungarischer und deutscher Sprache vorläufig alle acht Tage erscheinender Zentralorgane.
2. Die Herausgabe von Flugschriften und Broschüren in den Landesprachen.
3. Die Abhaltung öffentlicher Versammlungen behufs Verbreitung unserer Prinzipien.
4. Gründung einer Agitationsklasse.
5. Die Beauftragung des Präsidiums zur Abfassung und Erlassung eines Manifestes an die arbeitende Bevölkerung Ungarns, und
6. Ausarbeitung eines Organisationsplanes.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Polizer erklärt hierauf die Tagesordnung des Kongresses für erschöpft und dankt der Versammlung für ihre Unterstützung, die sie dem Präsidium zu Teil werden ließ.

Nachdem hierauf noch Dr. Csillag der Versammlung in warmen Worten dankte, hielt noch Frankel folgende Schlussrede: Wir haben in zwei Tagen unsere Arbeit vollbracht, in bester Ordnung, im schönsten Einvernehmen. Es wurde uns nicht gestattet als sozialistische Partei uns zu konstituieren. Auf's Wort kommt's nicht an. Wenn auch die Regierung uns den Namen nicht gestattet, wird sie uns doch nur für Sozialisten halten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeiterfrage ist wie ein Rad, das mancher Hund aufhalten möchte, sich aber dabei stets die Zähne zerbricht. Es wird nicht lange dauern und das Morgenrot wird an unserem Horizonte aufstauen und mit ihm in Flammenschrift das Motto unserer Zeit: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Dr. Csillag sprach noch den Vertretern der Behörde und der Presse den Dank der Versammlung aus, worauf der Kongreß um 7 Uhr abends unter stürmischen Gekrößen geschlossen wurde.

Politische Uebersicht.

Wir haben in Nr. 15 unseres Blattes an dieser Stelle eine Bemerkung über den am 23. April vor dem hiesigen Schwurgerichte stattgefundenen Hochverratsprozeß gemacht, welche die Staatsanwaltschaft veranlaßte, uns aufzufordern, eine Richtigstellung derselben vorzunehmen.

— Zur besseren Orientierung zitieren wir die betreffenden Zeilen, es heißt: „Im Uebrigen hatte der Prozeß auch seine lehrreichen Seiten, wir entnahmen nämlich aus demselben, daß man bei uns sich nicht misliebiger über das Haus Hohenzollern aussprechen darf. Es drängt sich uns hier unwillkürlich die Frage auf, ob wir denn wirklich schon anektiert sind oder ob man in gewissen Kreisen, wo man dem Bismarck Pionnierdienste leistet, schon gar so sehr der Annexion Deutsch-Oesterreichs sicher ist? — Graf Vamezan, welcher im genannten Prozeß als Vertreter der Staatsbehörde fungierte, erklärte, daß obige Zeilen geeignet seien, über seine Handlungsweise ein schiefes Licht zu verbreiten. Es könne ihm als Person nicht gleichgültig sein und zudem habe er von den Lesern der „Zukunft“ eine viel zu hohe Meinung, daher auch in deren Augen nicht als einer Derjenigen, die Bismarck und dem Hause Hohenzollern Pionnierdienste leisten, erscheinen mag. Der Herr Staatsanwalt erklärt, nur als Beamter des Staates seine Pflicht, nicht mehr und nicht weniger als diese — getan zu haben. Wir geben diese Richtigstellung um so lieber, als ja auch wir, wie bekannt, nicht zu den Anbetern des „genialen Otto“, noch des „ollen Willem“ gehören. Doch erlauben wir uns, bei der Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß wir von der Meinung, die Spitze der Moskischen Agitation sei vorwiegend gegen Preußisch-Deutschland gerichtet, nicht abzubringen sind.“

Der in Genua erscheinenden Zeitung „L'Epoca“ wurde der Postdebit für die im Reichrate vertretenen Königreiche und Länder entzogen. — Daß unsere Behörden das Reklamemachen für unbekanntes Blätter nicht lassen können!

In Bleiberg-Kreuth haben über 300 Bergarbeiterinnen (Waschweiber) die Arbeit eingestellt, weil man statt der bisherigen neunstündigen, die zwölfstündige Arbeit einführen und den Taglohn von 30 kr. nur um etliche Kreuzer erhöhen will. Nach einer anderen Version soll die Arbeitszeit nur um zwei Stunden verlängert, der Taglohn aber gar nicht erhöht werden. Auch wäre der Streik noch nicht wirklich ausgebrochen. 180.000 fl. rein, hat nach den „Kärntner Volksstimmen“ im verflochtenen Jahre bei niedrigen Bleipreisen Bleiberg eingetragen, allein was haben die Arbeiter davon? — Man möge leben, aber auch leben lassen, meint das „Waterland“, dem man gewiß keine revolutionären nihilistischen Bestrebungen vorzuwerfen vermag.

Aus Deutschland kommt uns noch die interessante Nachricht, daß der moderne Omer Khalif — Bismarck

— den Leipziger Buchhandel austrotten möchte, sintemalen er gesonnen ist, Leipzig in den Belagerungszustand zu versetzen. Hat je ein Batschan oder Gorbengewerich wahnwitziger gegen die Kultur geeifert, als dieser „Kulturheld“ par excellence? —

In der Deputiertenkammer von Frankreich wurde der Antrag des Maurers Madaud, eine Pensionskasse für alte und arbeitsunfähige Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft auf nationale Kosten zu errichten, mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Zuvorlesohne wird es mit diesem Beschlusse derselben Vertaus haben, wie mit vielen anderen ähnlichen, die als wertvolles Material zu den Akten gelegt wurden. Dem unsere Waschblaurpublikaner kennen wir schon!!

Aus Parteikreisen.

Am 15. Mai fand die Verhandlung der Wichtigkeitsbeschwerde der Herausgeber der „Freiheit“ und des „Proletarier“ gegen das Urteil erster Instanz beim k. k. Kassationsgerichtshof statt. Das Richterkollegium bestand, inklusive des Vorsitzenden Hofrates Postel, aus sieben Hofräten. Die Staatsbehörde vertrat Herr Hofrat Gramer und in die Verteidigung teilten sich die Herren Dr. Heinrich Steger und Dr. Poffer.

Entgegen der Anschauung des Generalprokurators, welcher die Verwerfung der Wichtigkeitsbeschwerde beantragte und zur Begründung dieser Ansicht eine stattliche Anzahl von Paragrafen in's Treffen führte, trat der Verteidiger Dr. Heinrich Steger dafür ein, der hohe Gerichtshof wolle der Wichtigkeitsbeschwerde Folge geben. Dr. Steger stellte sich auf den Standpunkt, daß, nachdem einmal die Frage, ob die beiden Blätter „Freiheit“ und „Proletarier“ als ein und dasselbe Unternehmen aufzufassen sei, durch Beschluß des Kassationshofes bereits hienach entschieden, ihm nunmehr der zweite Passus der Wichtigkeitsbeschwerde als Gegenstand seiner Rechtspflege diene. Das Urteil erster Instanz sagt, daß die Angeklagten zum Zwecke der Kassationsumgehung „wissentlich falsche Angaben gemacht haben“, dies müsse er unbedingt bestreiten, denn wie aus vorliegenden Anzeigen ersichtlich, so haben die Herausgeber der „Freiheit“ soviel, als die des „Proletarier“ buchstäblich die Bedingungen, welche das Preßgesetz an ein Zeitungunternehmen stellt, erfüllt und auch tatsächlich eingehalten. Selbst wenn auch angenommen wird, daß es dem Angeklagten wirklich um die Umgehung der Kassation zu tun gewesen, so ist diese Absicht nach dem Preßgesetz nicht strafbar, stamme man dem erstrichterlichen Urteile zu, so begeben sie sich auf das Gebiet der politischen Tendenz, eine Tendenz, die nirgendwo weniger Eingang finden soll, als in der Rechtspflege.

Der Verteidiger Dr. Poffer erklärte sich im Allgemeinen an die Ausführungen des Kollegen anzuschließen, führte den Kampf mit juristischen Waffen noch weiter und plaidirt schließlich ebenfalls für die Folgegebung der Wichtigkeitsbeschwerde.

Hierauf zog sich der, wie bereits erwähnt aus sieben Hofräten bestehende Gerichtshof zurück und verkündete nach kurzer Beratung folgendes Urteil: Die Wichtigkeitsbeschwerde sei in allen seinen Punkten zu verwerfen und die Beschwerdeführer zu den Kosten des Kassationsverfahrens verurteilt.

Das erstrichterliche Urteil: Johann Schwarzinger, Andreas Vogelgruber und Josef Vardorf mit je 50 fl. Geldstrafe (eventuell 10 Tage Arrest) und 3 Tage mit einem Fasttag verschärften Arrest; für Andreas Grosse, Josef Tempke und Josef Hybes mit je 10 fl. Geldstrafe (eventuell 48 Stunden Arrest) und eine 24stündige Arreststrafe, ist nunmehr rechtskräftig geworden.

Die in Nr. 15 unseres Blattes angekündigte, im Verlage von Jak. Dirnböck erschienene „Verteidigungsrede im Prozeß der polnischen Sozialisten“ wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt.

Gleichzeitig fand auch eine Hausdurchsuchung im Administrationslokale unseres Blattes statt; daß das Suchen nach bejagter Brodschüre keinen Erfolg hatte, ist selbstverständlich, doch können wir nicht umhin, unser Erstaunen darüber auszudrücken, daß man uns bei jeder Gelegenheit behelligt.

Genosse Blocha wurde am 20. Mai aus der Untersuchungshaft entlassen und ist die Untersuchung gegen ihn eingestellt. Es war demnach mit dem besten Willen mit dem vorhandenen Beweismaterial kein Prozeß anzustrengen.

Aufruf an die Holzarbeiter Oesterreich-Ungarns!

Genossen! In Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und der niedrigen Löhne haben wir uns gezwungen, mit unseren Meistern in Unterhandlung zu treten. Obgleich wir nicht mehr verlangen, als was uns die Herren Meister im Jahre 1872 bewilligten, seitdem aber wieder abgezwickelt haben, so sind die Meister doch die hauptsächlichsten unserer Forderungen, auf eine 20prozentige Lohnerhöhung nicht eingegangen. Da wir aber von dem Gedanken nicht mehr abzubringen sind, daß wir als Arbeiter auch Anspruch auf eine leidendliche menschliche Existenz erheben können, so ist es in drei der größten Tischlerwerkstätten Reichenbergs, bei Herren Reumann, Tilk und Prade zum Streik gekommen, um unsere Forderungen durchzusetzen. In diesen drei Werkstätten sind einige vierzig Gesellen, meist Familienväter, beschäftigt. Wir stellen daher an Euch das Ersuchen, uns in dem Kampfe um eine nur leidendliche menschliche Existenz insoweit beizustehen, daß Ihr uns nach Kräften unterstützet und den Zug nach Reichenberg fernhaltet. Wir wissen, was es heißt, einen Streik in Szene zu setzen, aber wir konnten nicht anders; also nochmals, Genossen und Arbeiter, seid eingedenk des

Spruches: Alle für Einen, Einer für Alle!
Einige Gelder sind an Franz Seidel, Lerchenfeldgasse Nr. 349—I., Reichenberg, und Franz Eisler, Friedländerstraße Nr. 341—I., Reichenberg, zu senden.

Reichenberg, im Mai 1880.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Ausnahme dieses Aufrufes höflichst ersucht.

Blöggnit. Am 18. April fand hier eine von Genossen Schöner einberufene gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die neue Gewerbeordnungsnovelle, 2. Die achtjährige Schulpflicht, unter dem Vorsitze des Genossen Schrödl aus Neunkirchen, statt. — Nachdem sowohl der Einberufer, als auch der Vorsitzende die Anwesenden auf die Wichtigkeit der beiden Punkte aufmerksam gemacht, ergriff zum ersten Punkte Genosse Bardorf aus Wien das Wort.

Redner betonte, daß Oesterreich in Bezug auf Gewerbeordnung stets hinter andern Ländern zurückblieb, daß unsere heutige Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859, also aus einer Zeit stamme, in welcher unsere heutige Industrie ihren Aufschwung genommen, weshalb man auch schon nach zwei Jahren das Mangelhafte an derselben kompetenten Orts gewahr wurde und Abhilfe verlangte. Heute, betont Redner, hat man abermals einen Entwurf, und zwar schon den dritten, dem Abgeordnetenause vorgelegt, welcher jedoch den bestehenden Verhältnissen nicht nur nicht entspricht, sondern in manchen Beziehungen noch hinter dem Entwurfe vom Jahre 1874 zurückbleibt. Redner beleuchtete nun die einzelnen Artikel des neuen Entwurfes und entledigte sich seiner Aufgabe auf eine die gesamte Versammlung befriedigende Weise und empfahl zum Schlusse die Annahme einer, bereits allerorts von unseren Genossen angenommenen Resolution, welche ich, weil dieselbe genügend bekannt und andererseits, um den Raum des Blattes zu sparen, nicht anführen will. Dieselbe wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkte sprach abermals Genosse Bardorf. — Näher auf die Verhältnisse unserer heutigen Schule eingehend, meint Redner, daß es wol unsere Pflicht ist, jene Partei im Parlamente, welche für die Aufrechterhaltung der achtjährigen Schulpflicht einsteht, zu unterstützen, daß wir jedoch durchaus nicht mit dem Gebahren unserer Liberalen auf diesem Gebiete einverstanden sein können. Er betont, daß es nicht nur Aufgabe der Arbeiter sei, an dem Bestehen der achtjährigen Schulpflicht festzuhalten, sondern in puncto Schule noch weitere und durchgreifendere Reformen anzustreben und beantragt folgende Resolution zur Annahme:

Resolution:

Entgegen einer politischen Partei in Oesterreich, die gegenwärtig gerade als maßgebend in unserer Volksvertretung zu betrachten ist, welche an der bis jetzt gültigen achtjährigen Schulpflicht rüttelt und eine sechsjährige an deren Stelle zu setzen beabsichtigt, erklärt die heute am 18. April in Blöggnit tagende Volksversammlung:

Die Ausbildung der nachwachsenden Generation sei für das Volkswol eine unbedingte Notwendigkeit und ist die Verkürzung des Schulbesuches in was immer für einer Form, als verwerflich zu erklären.

An dem achtjährigen Schulbesuche festhaltend, verlangen wir, um tatsächlich die Volksthat der Schulgelese jedem Kinde zugänglich zu machen, Folgendes zur Durchführung zu bringen:

1. Trennung der Kirche von der Schule und in Folge dessen die gänzliche Abschaffung des Religionsunterrichtes aus der Schule und Verweisung desselben in die Familie oder Kirche.
2. Entfernung von allen tendenziösen und religiösen Beispielen aus den Unterrichtsbüchern.
3. Eine dem Anthe eines Volkserziehers angemessene Befolgung der Lehrkräfte und tüchtige, von dem Ernste und der Wichtigkeit ihrer Aufgabe durchdrungene Kräfte heranzubilden.
4. Unterstützung seitens des Staates oder der Gemeinden für alle jene Kinder, welchen durch die mangelhaften Vermögensverhältnisse ihrer Eltern, der Schulbesuch erschwert wird.

Genosse Schrödl betont, daß die achtjährige Schulpflicht schon längst ein Dorn im Auge jener Partei gewesen, welche seit Jahrhunderten die Volkserdummung in Pacht hatte und die Ohnmacht unserer heutigen sogenannten Verfassungskartei wol erkennend, nunmehr Hand anlegen, unter föderalistisch nationaler Fahne die Schiele wieder in ihre Hände zu bekommen, um die Volkserdummung auf's Neue betreiben zu können. Ebenfalls auf Mangelhaftigkeit unseres heutigen Volksschulgesetzes hinweisend, meint derselbe, daß es schon Pflicht jedes ehrlich denkenden Menschenfreundes ist, wenigstens an der achtjährigen Schulpflicht festzuhalten, Pflicht jener Klasse aber, die man bis heute noch von jedem höheren Wissen ausschloß, ist es, diesbezüglich weiter gehende Forderungen in puncto Schule an den Staat zu stellen, weshalb er die eingebrachte Resolution zur Annahme empfehle.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde dieselbe einstimmig angenommen und die seit langer Zeit hier wiederum zum ersten Male tagende, von allen Schichten der hiesigen Bevölkerung besuchte und in musterhafter Haltung verlaufene Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen. S. . . . I.

Auktelfeld. Sonntag den 11. April fand eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Das Schulwesen. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Allgemeine Anträge. — Zum Vorsitzenden wurde Genosse Neugebauer, zu dessen Stellvertreter Koblan und zum Schriftführer J. Fleischer gewählt.

Zum ersten Punkte spricht Genosse Neugebauer und erklärt das Schulwesen, legt die Notwendigkeit desselben, sowie die Fortentwicklung der achtjährigen Schulpflicht mit warmen Worten den Anwesenden an's Herz und bringt schließlich folgende Resolution ein, welche auch einstimmig angenommen wurde:

Resolution:

In Ermägung, daß seit einiger Zeit eine Abänderung unserer interkonfessionellen Schulgesetze, insbesondere die achtjährige Schulpflicht angestrebt wird, erklärt die heutige Volksversammlung:

1. Die achtjährige Schulpflicht ist unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

2. Das Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869 hat in Wirklichkeit zu bleiben.

3. In Anbetracht der Notwendigkeit eines langen und tüchtigen Jugendunterrichtes als Stütze des Staates soll dahin getrachtet werden, daß die Volksschule immer freier und der Unterricht immer weiter werde, damit derselbe nicht Recht die moderne Volksschule genannt werden kann.

Zu bemerken sei noch, daß die Resolution weitgehender verfaßt war, jedoch viel von Seite des Regierungsvertreters von Judenburg gestrichen wurde.

Zum zweiten Punkte ergriff ebenfalls Genosse Neugebauer das Wort und spricht hauptsächlich vom Zweck der Bildungs- und Fachvereine, wo er schließlich in längerer gediegener Rede zur regen Agitation und Anschließung an die Vereine auffordert.

Sobann ergriff Herr Wiesfal das Wort, welchem aber wegen Abweichung von der Tagesordnung vom anwesenden Herrn Regierungsvertreter das Wort entzogen wurde, ebenso dem Genossen Jb. Riensel.

Zum Schlusse bringt noch Genosse Neugebauer Aufklärung über die Arbeiter-Kranken- und Invalidenklasse, deren Zweck und Nutzen und fordert die Arbeiter zur Einigkeit auf.

Josef Fleischer, Schriftführer.

Graz, 15. Mai. Montag den 10. Mai fand in der Puntigamer Bierhalle eine Volksversammlung, einberufen vom steiermärkischen Arbeiterbund, statt, die von etwa 1200 Personen besucht war. Man konnte bei dieser Gelegenheit wieder recht interessante Studien über die bereits zur Fabel gewordene „Verfassungsfreiheit“ in Oesterreich machen. Nicht allein, daß der Einberufung der Versammlung alle denkbaren Schwierigkeiten entgegengestellt wurden, unter Anderem die Tagesordnung zweimal abgeändert werden mußte, erlebte man bei Abhaltung derselben eine Beschränkung der Redefreiheit, wie sie selbst einem an solche Dinge gewöhnten Oesterreicher befindend erscheinen mußte. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Reden der Abgeordneten Ritter v. Schönerer und Dr. Kronawetter in der Budgetdebatte des Abgeordnetenhauses am 6. und 15. April 1880. Besprechung und Beschlußfassung über eine Zustimmungsadresse an beide Abgeordnete. 2. Die Nationalitätenfrage in Oesterreich. Besprechung und Fassung einer Resolution.

Als Genosse Bauer über den ersten Punkt das Wort ergriff, erklärte der Regierungsvertreter, der hinlänglich bekannte Polizeikommissar Brotmann, daß er nur eine wörtliche Verlesung der Reden gestatte, aber keine Bemerkungen zu denselben zulassen könne. Nicht genug mit dem, verbot er auch jede Rundgebung des Beifalls zu den zur Verlesung gelangten Stellen. Letzteres Verbot blieb natürlich ohne Erfolg.

Unter diesen Umständen war selbstverständlich eine Diskussion unmöglich und Bauer mußte sich mit ausführlichen Verlesungen aus der hier erschienenen Broschüre, welche den stenographischen Abdruck der beiden Reden enthält, begnügen. Am Schlusse stellte er folgenden, mit stürmischen Beifall aufgenommenen Antrag:

„Die am 10. Mai in der Puntigamer Bierhalle in Graz tagende Volksversammlung spricht den Abgeordneten Ritter v. Schönerer und Dr. Kronawetter für ihr mannhaftes Auftreten in der diesjährigen Budgetdebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus für die tatkraftige Vertretung der Interessen der politischen rechtlosen Klassen und für die Unumwundenheit, mit der sie die österreichischen Rechtsverhältnisse beleuchteten, den Dank der arbeitenden Bevölkerung aus und beauftragt das Präsidium, den genannten Abgeordneten denselben zu übermitteln.“

Nachdem die Genossen Masoni und Skoppauf vergeblich versucht hatten, über den ersten Punkt zu sprechen, erhob der Vorsitzende Genosse Gabriel, unter lebhafter Zustimmung der Versammlung Einsprache gegen das Vorgehen des Regierungsvertreters, worauf Letzterer die Versammlung auflöste. Obwol die von Bauer beantragte Resolution nicht zur Abstimmung gebracht werden konnte, wurden doch die beiden Abgeordneten von den Vorgängen in der Volksversammlung unter gleichzeitiger Einfindung je eines Broschürenexemplares brieflich verständigt.

Klagenfurt. Indem bereits an mehreren Orten Volksversammlungen über die Schulfrage abgehalten wurden, um den realisationen Rückschrittbestrebungen des Klerikalismus entgegen zu treten, wurde auch hier für den 1. Mai vom Genossen Seebacher eine derartige Versammlung einberufen.

Obwol eine solche anderswo das „allgemeine Wol“ nicht gefährdete, wurde dieselbe hier vom k. l. Landespräsidium dennoch untersagt.

Auch eine für den 2. Mai, vom Genossen Bösenbäd einberufene freie Arbeiterversammlung, welche über Gründung eines Arbeitervereines beschließen sollte, erlitt daselbe Schicksal, und zwar unter folgender Motivierung:

„Die Angelegenheiten der Arbeiterversammlung und des für denselben Tag anberaumten Arbeiterfestes tragen das Gepräge an sich, als gingen dieselben vom aufgelösten Arbeiter-Bildungsvereine aus; diese Vermutung wird in einem von der Behörde mit Beschlag belegten Begrüßungsschreiben aus Teplitz bestätigt; die Gründung eines Arbeitervereines komme also mit der Neubildung des wegen seines gefehrvridigen Verhaltens aufgelösten Arbeiter-Bildungsvereines gleich.“

Es sei nur hier in Ruderinnerung gebracht, daß der Arbeiter-Bildungsverein wegen Haltung eines ausländischen Blattes, dem seinerzeit nicht einmal das Postdebit entzogen war, aufgelöst wurde. Ein Kommentar hiezu mache sich jeder selbst.

Was aber bisher noch nicht dagewesen, ist das Verbot des für den 2. Mai im Saale „Maslgarten“ anberaumten Arbeiterfestes. —

Indem das Verbot aber erst im letzten Moment erfolgte und das Arrangement des Festes bereits beträchtliche Auslagen verursachte, entsendete das Komitee eine Deputation zum Statthalter, um ein Tanzkränzchen abhalten zu dürfen, um die gemachten Auslagen nicht aus eigener Tasche zu bezahlen.

An die Parteigenossen!

Wie den Genossen bereits bekannt sein dürfte, befinden sich einige Genossen in Haft und tritt an uns die Pflicht heran, dieselben zu unterstützen.

Wäge daher jeder Genosse sein möglichstes beitragen.

Josef Hybes.

Briefe und Gelder sind zu senden an J. Hybes, Rudolfsheim, Reugasse 15.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenklasse. Monatsbericht pro April 1880. Saldo und Gesamtsummen fl. 12185-81, Ausgaben fl. 9814-78, Saldo pro Mai fl. 2371-03; die von den Fabriken, Einschreibe- und Wortorten an die Kasse abgelieferten Beiträge belaufen sich auf fl. 9636-89. Der Vermögensstand der Krankenkasse hat sich um fl. 138-83 vermindert, der der Invalidenkasse um fl. 24-74 vermehrt und beträgt ersterer fl. 31362-93, letzterer fl. 32675-27, beide zusammen fl. 64038-20.

In diesem Monate sind der Kasse die Arbeiter der Fabrik des Herrn Janaz Großmann im 9. Bezirke korporativ beigetreten. Der Einschreibeort Brigittenau befindet sich in J. Vogel's haus, Springergasse 5.

Im Monate Mai wird über Verlangen der Mitglieder im 10. Bezirke im Gasthause „zum roten Hof“, Luiseugasse 71 (Gimbergstraße 64) ein Einschreibeort eröffnet und daselbst jeden Sonntag, abends von 7 bis 9 Uhr, die Einzahlungen und Ausnahmen neuer Mitglieder entgegengenommen.

Der in der Delegirten-Versammlung am 25. April 1880 gewählte Zentralausschuß konstituirte sich unter dem Vorsitze des in derselben Versammlung gewählten Obmannes H. Behrle in folgender Weise: E. Schweichart, erster, J. Marckhal, zweiter Obmannstellvertreter, D. Schilling, Kassier, R. Wawit und Chr. Lang, Schriftführer; als Ausschüsse die Herren: Andes, Bauer, Birngruber, Dreßler, Fischer, Frankenberg, Friedmann, Fuchs, Groß, Herischel, Hlamsa, Holbein, Jauernik, Klein, Kleinor, Lappich, Löwe, Witschel, Wollschostky, Rabosta, Rödler, Schmidt Josef I., Unger, Wirtschbacher und Wlaff.

Zum Vorsitzenden des Invalidenkomitees wurde W. Gröbl gewählt. — In das Revisionskomitee wurden die Herren Kronawetter, Benisch, Schmidt Josef II., Gög, Pech und Smreklik; als Ersatzrevisoren die Herren Rosenweigt, Hammer, Schmidt Adalbert, Lang Geza, Mühlechner und Spolacy gewählt.

Zum Obmann des Revisionskomitees wurde Herr Kammerer, als Schriftführer die Herren Benisch und Schmidt Josef II. gewählt. Herr J. Pech hat wegen Zeitmangel die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt.

In Stoderau wurde ein Wortot eröffnet, derselbe befindet sich Mühlgasse 7 daselbst.

Die nächste ordentliche Ausschußsitzung findet am Samstag den 5. Juni, abends 8 Uhr in der Centrale statt.

Eingefendet.

An die Arbeiter der Schrauben-, Nieten- und Drahtstiftens-Fabrik des Herrn Josef Hinterleitner, II., Afrikaergasse 7, Wien.

Ich kann nicht umhin, über Euer Vorgehen gegen mich, bei Gelegenheit meiner Entlassung, mein Bestremden, wie auch meine Meinung darüber, öffentlich kundzugeben.

Wie Ihr wißt, erfolgte meine Entlassung vom Herrn Hinterleitner am 10. April d. J., ohne daß mir zu meinen Dokumenten ein Zeugnis eingehändigt wurde. Den darauf folgenden Montag begab ich mich in die Kanzlei des Herrn Hinterleitner, wo mir der Buchhalter ein Zeugnis mit der Klausel „gesund entlassen“ übergeben wollte, welches ich jedoch mit der Erklärung zurückwies, daß ich schon über zwei Jahre lungenkrank bin und erworbene Krankheit in dieser Fabrik zuzog; da ich aber schon seit 24. Juni 1872 ununterbrochen dort beschäftigt war, beanspruche ich, da diese Firma eine Krankenunterstützungs-kasse hat, zu der auch ich, durch meine volle acht Jahre, regelmäßig meine Beiträge zu leisten hatte, meine Krankenunterstützung, umso mehr, als ich mich letztere Zeit ohnedies nur mühsam und mit dem Aufgebote aller Kräfte fortzuschleppen konnte. Ich betrachte mich daher auch nicht als entlassen. — Nach dieser Erklärung wurde der Kassier der Krankenkasse, Herr Wieselsberger, herbeigeholt, welcher sich dahin äußerte, mir das Krankengeld vorzugeben zu müssen, da ich mich erst bei der Entlassung krank meldete. Auf diese Äußerung hielt ich dem Herrn Wieselsberger ein ärztliches Gutachten entgegen, dahin lautend, daß ich tatsächlich schon lange vor meiner Entlassung krank war. Nach längerer Debatte gelangt erwähnter Herr Kassier, daß er in dieser Angelegenheit nichts tun könne, sondern Herr Hinterleitner darüber zu entscheiden habe. Nun wurde Herr Hinterleitner herbeigeholt. Derselbe erklärte ganz unumwunden, daß er so alte Prüßner, wie auch ich einer bin, so recht eigentlich nur aus humanitären Rücksichten noch arbeiten lasse, da er genug junge und kräftige Arbeiter bekomme, wovon sich Jedermann überzeugen könne, wenn er vor's Haus hinausgeht; wo fast jeden Tag ein Haufen von Arbeitslosen ihn um Arbeit bitten. — Zum Schlusse unserer Unterredung bestand Herr Hinterleitner darauf, ich müsse in's allgemeine Krankenhaus gehen, um mich dort unterziehen zu lassen und wenn ich für krank befunden werde, gleich dort zu bleiben habe, wonach das Krankengeld für mich gezahlt wird. Auf dieses mehr als humane Aninnen erklärte ich Herrn Hinterleitner, daß ich das nicht tun werde. Ich werde mich zwar, wenn es sein Wunsch ist, im allgemeinen Krankenhause unterziehen lassen, aber gleich dort bleiben werde ich nicht. — Ich bin nämlich, wie Ihr es alle wissen werdet, verheiratet und habe eine, wenn auch nur bescheidene Wohnung, kann mich daher zu Hause pflegen; für's zweite geht das sachmännliche Gutachten eines jeden Arztes dahin, daß ein Brustkranker bei günstiger Witterung sich möglichst viel in freier Luft bewege und wenn tunlich, sogar einen Landaufenthalt nehmen soll. Ich bin also auf mein vermeintliches Recht, auf die Forberung des statutenmäßigen Krankengeldes bestanden. Dieses wurde mir rundweg vom Herrn Hinterleitner abgeschlagen. Darauf eröffnete ich meinem ehemaligen Chef, daß ich mein Recht auf gerichtlichem Wege zu suchen gesonnen bin und empfahl mich.

Ich überreichte nunmehr die Klage beim Gewerbegericht und fand die diesbezügliche Verhandlung am 29. April d. J. statt und legte dort ein ärztliches Zeugnis vor, welches besagt:

„Johann Bruggarber ist an Lungen-Infiltration leidend, seit erkrankt und arbeitsunfähig. Das Leiden besteht schon seit vielen Monaten. — Wien am 12. April 1880. — Dr. Egger.“

Herr Hinterleitner erklärte im Laufe der Verhandlung, daß ihm das Verfügungsrecht der Gelder der Fabrikkrankenkasse nicht zustehende, da er nur Aufbewahrer der Kasse sei, meinte, er habe mich überhaupt nur aus purer Humanität in Arbeit behalten und konnte es nicht unterlassen, auf meine politische Gesinnung anzuspielen. Zu bemerken ist nur, daß ich, wie das ärztliche Zeugnis schon besagt, seit längerer Zeit krank bin, trotzdem aber noch immer mühsam weiter arbeitete, da der Verdienst von 5 bis 6 fl. doch noch etwas höher ist, als das Krankengeld, welches ich zu erhalten hatte. Außerdem wollte ich die Kasse, zu der ich schon seit Jahren einzahle, so viel wie möglich schonen.

Herr Hinterleitner mochte nun sehen, daß mein abgeraderter Körper nicht mehr arbeitsfähig sei und hatte daher nichts schleunigeres zu tun, als mich zu entlassen. Als Lohn, noch mit dem Zusätze „gesund entlassen“.

Als „purer Humanität“ (!!) bot man mir 10 fl. als Abfertigung.

Ich bin überzeugt, daß meine Kollegen, die Ausschußmitglieder, von diesem Vorgange nicht verständigt wurden und macht solche Angelegenheiten Herr Hinterleitner regelmäßig nur mit dem mir: ihm durch die dünn gehenden Kassier Wieselsberger ab.

Euch Arbeiter befragter Firma aber frage ich: Seid ihr wirklich solche Tyrannen, einem alten gebrechlichen Kollegen das ihm gebührende Krankengeld vorzuenthalten?

Bedenkt, daß Euer genau daselbe Los harret wie mir und handelt entsprechend. Bedenkt, daß im Jahre 1872 ungefähr 1000 fl. in der Fabrikkasse waren und jetzt ein Paarcenten von 5105 fl. — aus gewissen Gründen. — Soll eine Krankenkasse zur Sparrkasse gemacht werden? Sollen Eure blutigen Kreuze dazu dienen, um aufgehäuft zu werden, anstatt Euch im Erkrankungs-falle als Unterstützung zu dienen?

Habt Ihr Euch noch nie die Frage vorgelegt, wer aus dieser Summe schließlich einmal den Nutzen ziehen wird?

Wahrscheinlich, es ist Zeit, mit dem Umwesen der Fabrikkrankenkassen aufzuräumen.

Unterlassen kann ich es nicht, Herrn Wieselsberger zu fragen, wie sich die Sache verhält. — An die übrigen fünf Ausschußmitglieder, die Herren Franz Ludwig, Josef Weglich, Johann Fur, Weber und Pech, möchte ich aber die Frage stellen, was sie in der Zeit ihrer Mandatsdauer gewirkt? — ob sie nicht tatsächlich als Strohmänner zu fungieren genötigt sind? — Ich hoffe auf Antwort. Johann Bruggarber.

Öffentlicher Dank! Ich sehe mich veranlaßt, allen jenen genannten und ungenannten Kollegen, die zwar das moderne Wort „Humanität“ nicht als Steckenpferd benutzen, sondern auch Menschengefühl besitzen, für die mir ausgedehnten Unterstützungen öffentlich meinen verbindlichen Dank auszusprechen.

Johann Bruggarber.

Sainburg, im Mai 1880.

Die gewerblichen Hilfskassen sind in letzter Zeit Gegenstand allseitiger Betrachtung, da die Vorlage einer neuen Gewerbeordnung dieselben in den Bereich ihres Wirkungskreises zu ziehen sich bemühtigt sah. Allerdings werden wir noch geraume Zeit warten können, bis das hohe Abgeordnetenhaus Zeit finden wird, an die Beratung der Vorlage zu schreiten.

Mittlerweile aber gibt es Leute genug, die „Interesse“ daran haben, der leidenden Menschheit beizuhelfen, so wurde z. B. von Seite der Versicherungs-Gesellschaft „Patria“ in der hiesigen k. k. Tabak-Fabrik eine fieberhafte Agitation für eine bisher unbekannte Arbeiter-Versicherung entwickelt.

Den wunderbaren Humanitätsraufen des Profiteers wäre es aber gar nicht anzusehen, daß sie nur die gewöhnliche Sucht nach hohen Dividenden in die Feder diktiert.

Doch jene Herren mögen die Rechnung nur ohne den Wirt machen. Die Arbeiter wissen nur zu gut, was sie von solchen Aktien-Gesellschaften zu erwarten haben und werden daher ihre faulen verdienten Kreuzer nicht in ein Institut einzahlen, auf das sie weder Einfluß auf deren Verwaltung, noch auf die Organisation im Allgemeinen haben.

An diejenigen Arbeiter aber, die der Angelegenheit zu wenig Aufmerksamkeit schenken, richte ich die ernsthafte Mahnung, sich nicht irre führen zu lassen, im Gegentheil, haltet jene Institute hoch, in welchen ausschließlich den Mitgliedern das Verwaltungsrecht zusteht und wo nur von den Mitgliedern oder von diesen aus ihrer Mitte gewählten Delegirten oder Vorstand gütliche Beschlüsse gefaßt werden. Bedenkt, daß Eure Vertrauensmänner mit Euch das gleiche Interesse haben und zudem noch jedem Mitgliede das Recht der Kontrolle zubehält.

Darum vorwärts! Die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidentasse in Wien, welche ihre Lebensfähigkeit durch ihren zwölfjährigen Bestand hinlänglich bewiesen, wird in nächster Zeit auch eine Witwen- und Waisenunterstützung in's Leben rufen und dadurch einem längst gefühlten Bedürfnisse — ohne gewissen Aktionären — abzuhelfen.

Köflach, 15. Mai 1880.

Dem hiesigen Arbeiter-Vereine wurde aus Wien von der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Patria“ ein Brief mit mehreren Vorschlägen zur Agitation für jenes Institut in ein tuzgefaßtes Statut zugefandt.

Die nähere Betrachtung dieser Sache veranlaßt uns, an alle gleiche Tendenz verfolgenden Vereine, eine von uns ehrlich gemeinte Ermahnung abgeben zu lassen.

Obwohl bereits in Nr. 15 der „Zukunft“ das wahrhaft demokratische Bestreben der „Patria“ gekennzeichnet, so können wir doch nicht umhin, die Mehrzahl derartiger Institute nach allen Richtungen in's richtige Licht zu stellen.

Die „Patria“ will also vor Allem auf die Hinterlassenen der Arbeiter ihr Augenmerk richten und versteht die Sache so günstig zu ihrem eigenen Vortheile einzurichten, daß Arbeiter, die nicht im Stande sind, mit den Wochenbeiträgen auf dem Laufenden zu bleiben, ihrer Ansprüche verlustig werden.

Nun ist dabei zu bedenken, daß heute die Familienväter in den allermeisten Fällen kaum das Nöthige verdienen, um das nackte Leben zu fristen. Tritt nun erst Arbeitslosigkeit ein, so wird der weitgrößte Teil absolut mit dem besten Vorlage nicht in der Lage sein, den einzuzahlenden Betrag zu leisten. — Zudem ist nicht aus dem Auge zu lassen, daß einem Todesfall doch regelmäßig längere Krankheit voranzugehen pflegt und es dem Betroffenen abermals zur Unmöglichkeit wird, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Wie man also ersehen kann, ist diese Versicherung der Hinterbliebenen immer sehr problematischer Natur. Unseres bescheidenen Erachtens sollen Arbeitervereine ihr Hauptaugenmerk auf die Fortbildung ihrer Mitglieder und zugleich aber auch auf Unterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit und in Krankheitsfällen bedacht sein.

Wie wenig Vereine hingegen vertreten diese summarischen Interessen?

Hier z. B. in Köflach sind zwei Arbeitervereine, der eine als Leseverein und der andere als Filiale der steiermärkischen Arbeiter-Kranken- und Invalidentasse, aber für Fälle der Arbeitslosigkeit ist leider in den Statuten der beiden nicht vorgeordnet. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn sich beide Vereine vereinigen möchten, um eine Klasse zur Unterstützung für Arbeitslose zu schaffen.

Wir empfehlen allen Arbeitervereinen auf diese Klasse besonderes Augenmerk zu richten, denn erst, wenn der Arbeiter in die Lage versetzt ist, bei Lebzeiten unter allen Verhältnissen seine Existenz zu haben, wird er daran gehen können, auch für die Hinterbliebenen zu sorgen. Bis dahin kann sich die gebrühte „Patria“ ihre „echt demokratische Bestrebung“ am Hut stecken, denn einmal tatsächlich in der Lage, in solche Kassen einzuzahlen, werden die Arbeiter nicht ermangeln, selbst solche in's Leben zu rufen.

J. B. B. in d. T.

Bestantenliste des „Sozialist“.

(Fortsetzung.)

Wien:

An Abonnement: 6. Bezirk: Skoutajan 40 kr., Ferdinand Harlinger 40 kr., Café Niederbruder 40 kr., J. G. Grasser 40 kr., Joh. Müller 40 kr., Lud. Trogel 40 kr., Joh. Steinacker 40 kr.; 7. Bezirk: Gastwirt Hanpel 40 kr., Franz Haas 40 kr., Liebauer's Werkstätte 40 kr., Schubin's Weinstube 40 kr., Gasthaus zur „Stadt Hof“ 40 kr., Aella 40 kr.; 8. Bezirk: Altmairing 40 kr., Wilh. Had 80 kr., Bruscha 1 fl. 20 kr., Arnold Seidl 40 kr.; 9. Bezirk: Folek 40 kr., Willis Restauration 40 kr., Fabrus 40 kr., Café Bofch 40 kr., Hubert Feuler 40 kr.; 10. Bezirk: Hanel 40 kr., Café Dangries 40 kr., Thomas Bina 80 kr., Georg Böschl 40 kr., Joh. Heint 40 kr., Karl Handl 1 fl. 20 kr., D. Matarik 40 kr., Eb. Parlicel 40 kr., Koniczek 40 kr., Gastwirt Bussel 40 kr., Sir's Gasthaus 40 kr., Sandermann 80 kr., Bishop's Gasthaus 40 kr., Theodor Klinsicht 1 fl. 60 kr. — Maurer Milan 10 fl., Rischini 13 fl. 32 kr., Franz Bertella 60 kr., Schandauk 45 kr., Erb. Erben 40 kr., Moritz Peterle 80 kr. An Inseraten: Gehilfen-Ausschuß der Schneider Nr. 5 70 kr., Allgemeine Tischler-Versammlung Nr. 28 und 29 90 kr., Wehl Nr. 38 40 kr., Mahel Nr. 45 30 kr. Kalender 1879: Neucurer 2 fl. 90 kr.

Bororte:

An Abonnement: Aunhaus: Widensied 40 kr., Hansfistl 1 fl. 20 kr.; Friedrich's Gasthaus, Sedhsaus, 40 kr.; Merkl's Gasthaus, St. Weit, 80 kr.; Rudolfsheim: Kammersell 40 kr., Höffinger 40 kr.; Weidling: Wagerhofer 40 kr., Wiltsal 80 kr.; Perchenfeld: Martinel's Weinstube 40 kr., Komatsch 40 kr., Baumsherp 1 fl. 60 kr., Chramosta 40 kr., Café Kannerwurf 1 fl. 20 kr., Jof. Jäschke 40 kr., Franz Alkopol 20 kr., Jof. Tiffenbach 1 fl. 20 kr., Girsch' Gasthaus 40 kr.

Fortsetzung folgt in nächster Nummer.

Einsendungen von Gelder und Briefe sind zu richten an Josef Barborf, Wien, V., Hundstürmerstraße 89, 2. Stg., 1. St.

Ausweise.

Nr. 71.

Für die Familien unserer verstorbenen Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Spart man Euch auch in Sterker, ist's doch nur vergebliches Bemühen 1.70, Hies 10, Juram 10, Müller 20, Achmann 40, Hofmann 20, A. 3. 1.50, Steiner, Graupen 30, Gesellschaft in der Florianigasse durch Marischall 2.20, Mayerhofer 30, Sammlung durch Domes 1.50, Reichel 20, Werkstätte Vogel durch Pfeil 60, von einem Genossen 20, Bernard 10, von einigen Arbeitern 2.95, Tischgesellschaft der Färber 53, Greiner 20, Traub 25, Treller 10, „Doppelliter“ 82, von einer Frau im 7. Bez. 35, Arbeiter im Museum 23.45, Schaller 50, E. M. 20, durch Mattenschlößl vulgo „alter Mann“ 50, Knechtel 11, einige Bergarbeiter 25, Hammel 22, Tischgesellschaft in Bringer's Gasthaus 1.10, Tischgesellschaft beim „heiligen Geist“ durch Frankhofer 61, Tischgesellschaft bei Leber 1.—, Sattler im sechsten Bezirk durch Blant 2.32, Floridsdorf 13. Summa 45 fl. 32 kr.

Zur Unterstützung der „Zukunft“: Ludwig 4, Steiner, Graupen 20, von einem Genossen 10, Bernard 10. Summa 44 kr.

Briefkasten.

Vöbliche Redaktion des „Vaterland“, hier: Wir würden gewiß nicht ermuntern, ihrem Verlangen zu entsprechen, doch bitten wir, das fragliche Zitat nochmals genau zu beachten und Sie werden finden, daß eine Verichtigung überflüssig wird.

Administration: Poststempel Hernald: 5 Mark für die Krakauer erhalten und seinen Zweck angeführt. — Wader, Brünn: Ihre Blätter kommen als „nicht abgeholt“ retour. — Schwarz, Alt-Habendorf: Brief sammt Geld erhalten, besten Dank. — Floridsdorf: Jakob Dokupil 137, Jof. Tull 195, Urbanek 190. —

Notiz!

Ich ersuche hiemit alle Destanten des österreichischen Arbeiter-Kalenders 1880 als auch die des „Schwefelpunkts“ baldigst ihre Schuld zu begleichen. J. Barborf.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Voranzeige.

Der Arbeiter-Bildungsverein in Wien veranstaltet am 27. Juni d. J. einen gemeinsamen

Ausflug.

Im Monate Mai begannen folgende Unterrichte: Elementarunterricht für Anfänger, ein gleicher für Vorgefertigte, ein französischer Kurs von Herrn Lehrer Schlegler und ein Stenografen-Kurs, geleitet von Herrn Schiff vom Wiener Gabelsberger-Stenografenverein. — Die Einzeichnungen für diese Unterrichte werden in der Zentrale des Vereines, 7. Bezirk, Rieglergasse 25, 6. Stiege, 1. Stock links, entgegengenommen. Die Unterrichtssektion.

Gewerkschaftsverein der Eisen- und Metallarbeiter in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet täglich — an Wochentagen von 1/8—3 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 10—11 Uhr vormittags in der Zentrale, 4. Bez., Schleifmühlgasse, Gasthaus „zum goldenen Fassel“ statt.

Einschreiborte:

Zentral-Vereinslokal: Gasthaus „zum gold. Fassel“, 4. Bezirk, Schleifmühlgasse. Jeden Sonn- und Feiertag von 10—1/2 Uhr vormittags.

Lesezimmer Leopoldstadt: Gasthaus „zum Rusbörsel“, kleine Pfarrgasse. Samstag von 8—10 Uhr abends.

Lesezimmer Landstraße: Gasthaus „zum Auge Gottes“, Steingasse. Samstag von 8—10 Uhr abends.

Lesezimmer Hernald: Gasthaus des Herrn Baumgartner, Bergsteigergasse. Jeden Sonntag von 10—12 Uhr vormittags.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Karolinen-gasse 13, Gasthaus „zum Blumenstod“. Die Vermittlung findet statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Einschreibungen finden statt:

Zentrale, Gasthaus „zum Blumenstod“, 4. Bezirk, Karolinen-gasse, jeden Samstag von 8—9 1/2 Uhr abends. — Jeden Mittwoch von 7—9 Uhr abends: Buchhaltungsunterricht.

Lesezimmer Landstraße, Gasthaus „zum schwarzen Adler“, Ungar-gasse 48, jeden Samstag von 8—9 1/2 Uhr abends. — Jeden Donnerstag von 7—9 Uhr abends: Unterricht in der englischen Sprache.

Lesezimmer, Rudolfsheim, Fischergasse 26, Gasthaus des Herrn Bobres.

Lesezimmer Favoriten, Jof. Klepp's Gasthaus, 10. Bez., Erlachgasse 30, gegenüber dem neuen Schulhause am Eugenplatz, jeden Samstag von 8—9 1/2 Uhr abends.

Fortbildungs- und Unterstützungsverein für Speugler, Metallarbeiter und deren Hilfsarbeiter.

Die Ausschreibungen finden jeden Donnerstag um 8 Uhr abends, die Arbeitsvermittlung an Wochentagen von halb 8 bis 9 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 10 bis 12 Uhr vormittags im Vereinslokal: Wieden, Schleifmühlgasse, im Gasthause „zum goldenen Fassel“ statt.

Gewerkschaftsverein der Schneider.

Die Arbeitsvermittlung des Gewerkschaftsvereines der Schneider Wiens befindet sich bei Herrn Krassa, 8. Bez., Buchflogasse 7, zu jeder Tageszeit und jeden Montag im Vereinslokal, Schneider's Restauration, 1. Bez., Wollzeile 38, von 7—9 Uhr abends. — Die Herren Meister werden ersucht, ihre Adresse dahin abzugeben. Die Arbeitsvermittlungssektion.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

Die Vereinstätigkeit ist folgendermaßen eingeteilt: Montag von 7—9 Uhr abends Bibliothek und Vereinsversammlung mit einem Vortrag.

Dienstag, von 8—9 Uhr abends, Elementarunterricht erster Klasse und Unterricht in der französischen Sprache.

Donnerstag, von 8—9 Uhr abends, Elementarunterricht zweiter Klasse.

Freitag, von 8—9 Uhr abends, Zuschneideunterricht.

Samstag, von 8—9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht.

Sonntag, von 2—3 Uhr nachmittags, Zuschneideunterricht, von 2—5 Uhr Langunterricht, von 4—6 Uhr Bibliothek.

Sonntag nachmittags und Montag den ganzen Tag unentgeltliche Arbeitsvermittlung für alle im Schuhmachergewerbe beschäftigten Personen.

Gewerkschaft der Haarer und Steinmetze in Wien.

Sonntag den 30. Mai, 2 Uhr nachmittags, Jaroschauer Bierhalle „zum neuen Burgtheater“, 1. Bezirk, Schottenstraße, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Aenderung der Statuten. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellationen. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird dringend gewünscht.

Au die Tischler Wiens.

Den Mitgliedern des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Tischler diene hiermit zur Kenntnis, daß am 23. Mai der neue Kurs im Zeichenunterricht begonnen hat. Einschreibungen finden jeden Samstag und Montag, abends 8—9 Uhr, statt. — Die Arbeitsvermittlung findet an Wochentagen zwischen 1/8 bis 9 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen zwischen 9—11 Uhr vormittags statt.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf. Samstag den 29. Mai, 8 Uhr abends, Monatsversammlung im Vereinslokal, Solter's Restauration, Floridsdorf, Hauptstraße. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag von Herrn Dr. Lewy „Über französische Geschichte“. — Durch Vereinsmitglieder eingeführte Gäste haben freien Zutritt. Mitglieder, erscheint zahlreich!

Bildungsverein „Tyll“ in Simmering.

Der Gesellschafts- und Bildungsverein „Tyll“ in Simmering feiert am 6. Juni d. J. in dem Etablissement Schreindorfer, Simmering, Hauptstraße 3, sein fünfjähriges Gründungsfest. Programm: 1. Musikalisch-dramatische Produktion. 2. „Pramati“ oder „Posledni na Bominé“, Tragödie in 5 Akten von Grillparzer. 3. Tanzunterhaltung. Lokalveränderung. Das Vereinslokal des slavischen Vereines „Tyll“ befindet sich von nun an: Simmering, Hauptstraße Nr. 10.

Fremde und Genossen!

Aus unserer Untersuchungshaft wegen „Beschuldigung des Hochverrats und Störung der öffentlichen Ruhe“ entlassen, sprechen wir Euch auf diesem Wege den herzlichsten Dank für die Teilnahme und Unterstützung aus, die Ihr uns während dieser Zeit angedeihen liebet. Auch diene Jedermann zur Kenntnis, daß die Untersuchung gegen uns gänzlich eingestellt ist. Mit brüderlichem Grusse: Futtschil. Flocha. Wien, im Mai 1880. [50]

Dankagung.

Herr N. Neubauer, Theaterdirektor, widmete heute den 17. Mai 1880 den Reinertrag der geistigen Theateraufführung der steiermärkischen Arbeiter-Kranken- und Invalidentasse, wofür ihm hiemit von Seite der Filiale in Köflach der wärmste Dank ausgesprochen wird. Der Ausschuss. Köflach, am 17. Mai 1880. [40]

Bereits erschienen im Verlage von Josef Gans, Pfeifengasse 18 in Graz:

Die Reden der Abgeordneten Ritter v. Schönerer und Dr. Kronawetter

in der Budgetdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses am 6. und 15. April 1880 nach stenografischen Aufzeichnungen. — Preis 10 kr. [45]

Bereits erschienen im Verlage von Jof. Schwarzinger, Wien, 3. Bezirk, Hauptstraße 104:

Die neue Gewerbeordnungs-Novelle

kritisch beleuchtet, mit einem Anhang: Die Petition von den Gehilfen-Ausschüssen der Wiener Zwangs-genossenschaften. — Preis per Stück 10 kr., bei Abnahme von 10 Exemplaren 5 kr. Die Verfertigung geschieht nur gegen Voreinsendung des Betrages. [40]

Abonnements-Einladung

auf das

„Schuhmacher-Tachblatt.“

Erscheint am 1. und 3. Samstag eines jeden Monats.

Daselbe vertritt die Interessen der Schuhmacher Oesterreich-Ungarns und bekämpft vor Allem die schlechte materielle Lage und die daran resultierende lange Arbeitszeit, und kurz gefaßt: Alles was zu den herrschenden Uebelständen im Schuhmachergewerbe überhaupt gerechnet werden kann.

Abonnementspreise: Vierteljährig 30 kr., monatlich 10 kr. ö. W. Die Redaktion befindet sich: Wien, Neulerchenfeld, Neumeierplatz 1, 2. St.

Sobald ist erschienen:

Der Einfluß der

Volksvermehrung

auf den Fortschritt der Gesellschaft

untersucht von Karl Kautsky.

VIII und 196 Seiten Groß-Oktav. — Preis: 1 fl. 20 kr.

Dies Buch versucht das von Malthus aufgeworfene Bevölkerungsproblem von einem in der Sozialwissenschaft bisher neuen Standpunkte aus zu lösen. Die Benutzung eines reichen statistischen Materials, der neuesten Forschungen, sowie die populäre Behandlung des Stoffes lassen das Werk als anregende Lektüre für Jeden erscheinen, der um die soziale Frage sich interessiert, selbst wenn er weder Fachmann ist, noch den Standpunkt des Verfassers teilt. Besonders Arbeiter-Bildungsvereinen sei das Werk empfohlen. Verlag von Bloch und Hasbach, Rärntnerstraße 38, Wien.

Abonnements-Einladung

auf

Die Zukunft

Sozial-demokratisches Organ.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und zwar an jedem 10. und 24. im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn: halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Redaktion und Administration:

5. Bezirk, Hundstürmerstraße 89, Wien.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Adressen der Herausgeber der „Zukunft“:

Jof. Barborf, V., Hundstürmerstraße 89, 2. Stg., 1. St.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: Andreas Grosse, Josef Hybrs, Josef Barborf.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Barborf.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.